

## Die Chance ergreifen – jetzt!

Mit einem Jahr Verspätung – und dafür leider um ein Jahr kürzer – beginnt am 9. Mai 2021 die Konferenz zur Zukunft Europas. Längst überfällig ist sie und sie muss zu konkreten Ergebnissen führen, die die EU wieder zukunfts- und mehrheitsfähig machen.

Dass diese Konferenz, in der Europas Gesellschaften eine Stimme bekommen sollen, nach den krisenhaften letzten Jahren so lange verschleppt wurde, vor allem durch die Blockade des Europäischen Rates, ist ein Affront gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die ein besseres Europa wollen. Um so wichtiger ist es, dass nun Nägel mit Köpfen gemacht werden! Der Bundesausschuss der Europa-Union hat gerade erst in einem Beschluss die Linie des Verbandes noch einmal deutlich gemacht.

Wir wollen keine PR-Show der Bürgerbeteiligung, sondern echte Teilhabe möglichst breiter Schichten der Gesellschaft, um diese Vision einer erneuerten Europäischen Union gemeinsam zu entwickeln. Der Kreis der Teilnehmenden muss weit über diejenigen hinausgehen, die sich ohnehin mit Europapolitik befassen. Gefragt sind nun Zivilgesellschaft, Sozialpartner, Institutionen, NGOs, Verbände, Jugend- und Seniorenorganisationen, aber auch einzelne Bürgerinnen und Bürger müssen mitreden können, in digitalen und analogen Foren. Wir brauchen einen offenen Prozess der Meinungen und Ansichten, die Zwischenstände müssen online sichtbar sein und in möglichst alle EU-Sprachen übersetzt werden, damit Details auch in der Muttersprache nachvollziehbar sind.

Solch eine breite, ernsthafte Debatte, die den Bürgerinnen und Bürgern den vielfältigen Nutzen der EU wieder neu bewusst machen und ihre Bindung an die Vision Europa stärken kann, bräuchte im Grunde mehr Zeit als das eine Jahr, das der Konferenz nun zugestanden wird. Um dennoch konstruktiv und repräsentativ, ergebnisoffen und effizient diskutieren zu können, muss ein gemeinsames Sekretariat der EU-Institutionen, das auch mit

einem gemeinsamen Budget ausgestattet ist, die Konferenz begleiten und unterstützen.

Bereits im Frühjahr 2017, schon ein halbes Jahr, bevor Frankreichs Präsident Emanuel Macron in der berühmt gewordenen Rede an der Sorbonne seine „Initiative für Europa“ vorstellte, forderten die Europa-Union und die JEF die Bürgerinnen und Bürger dazu auf, gemeinsam über die Zukunft Europas zu debattieren. In diesen Diskussionen wurden bereits konkrete Forderungen für die Weiterentwicklung der EU-Institutionen vorgelegt. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen griff diesen Gedanken 2019 in ihrer Bewerbungsrede vor dem Europaparlament (EP) auf und schlug eine zweijährige Konferenz zur Zukunft Europas vor. Dann kam Corona und der Start, geplant für den 9. Mai 2020, wurde verschoben. Nun ist zu wünschen, dass bei diesem langen Vorlauf den Beteiligten nicht die Puste ausgegangen ist.

Seit 2009 der Vertrag von Lissabon in Kraft trat, machten verschiedenste Krisen und globale Entwicklungen – nicht zuletzt die Pandemie – den immensen Reformbedarf deutlich, dem die EU gegenübersteht. Packen wir es an! Sehen wir den Veränderungsdruck als Chance, eine bessere Europäische Union zu schaffen. Vertrauen wir dem Prozess, der am 9. Mai in Gang gesetzt werden wird und bringen wir unsere Ideen konstruktiv ein!

Wichtige Themen für uns: Wir wollen eine EU, die in der Außen- und Sicherheitspolitik mit einer Stimme spricht. Eine EU, die sich zu einer effektiven Gesundheits-Union entwickelt. Eine EU, deren sozialer Zusammenhalt stabil ist, die Weichen dafür können im Mai auf dem Sozialgipfel in Porto gestellt werden. Eine handlungsfähige EU mit mehr Transparenz im Rat und einer dem EP verantwortlichen Exekutive, die sich nicht mehr von Einstimmigkeitsregeln knebeln lässt.

Und ganz generell muss geklärt werden: Was soll die Union künftig können und dürfen? Welche Aufgaben werden gemeinsam angegangen, welche von den Mitgliedstaaten? Die große Chance der Konferenz und zugleich mit das Schwierigste sind Gespräch und Verständigung über europäische Ge-



*Hoffnungsschimmer: Wer hätte gedacht, dass in dieser Betonwüste Platz für Löwenzahn und Veilchen ist? Nehmen wir es als gutes Omen mit in die Konferenz zur Zukunft Europas, die am 9. Mai feierlich eröffnet werden soll. Bisweilen erscheint die Lage der EU vielleicht zementiert und festgefahren, doch mit Resilienz, guten Argumenten und gutem Willen lässt sich ein neuer Aufbruch schaffen. Glück auf!*  
Foto: Kathrin Finke

meingüter. Manche Mitgliedstaaten wollen mehr Gemeinschaft, andere weniger, doch globale Herausforderungen wie Klimawandel oder Digitalisierung erfordern eine gemeinsame Antwort – also eine starke und aktive EU, die sowohl mit den finanziellen Mitteln als auch den Zuständigkeiten ausgestattet ist, um eine führende Rolle bei der Problemlösung zu spielen.

Grundlagen der EU sind Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Menschenrechte und Solidarität – darauf aufbauend muss es gelingen, den europäischen Toleranzbegriff zu stärken und als Gegenentwurf zum populistischen Abschottungs-Szenario auszubauen. Wenn diese Konferenz gelingt und den Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl gibt, gehört zu werden und aktiv mitgestalten zu können, dann wird die Begeisterung für das Projekt Europa ganz von selbst neu entfacht werden. ◆

## Oh Dear!

### UK und EU: Von Rivalität und selektiver Freundschaft

Der Brexit war das vorherrschende Thema der vergangenen Jahre, aber seit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU zum Jahreswechsel 2020/2021 ist es ruhiger geworden um die Beziehungen zwischen der EU und dem Inselstaat. Ob und wie sehr es hinter den Kulissen noch brodelt, ergründete unser EUD-Bürgerdialog „Oh Dear? Herausforderungen der EU-UK-Beziehungen nach dem Brexit“.



Unterzeichnet, aber immer noch problematisch: Der Vertrag über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU  
Foto: Europäische Union 2020

Seit Anfang des Jahres ist das Vereinigte Königreich nicht mehr Teil des europäischen Binnenmarktes, ein in letzter Minute verhandeltes Handelsabkommen findet momentan vorläufige Anwendung. Finales grünes Licht hat das Europäische Parlament erst am 28. April (Anm. d. Red.) gegeben. Das sei „keine Formsache“, so der Vorsitzende des Ausschusses für internationalen Handel des Europäischen Parlaments Bernd Lange im virtuellen Bürgerdialog am 24. März. So sei der Austritt Großbritanniens selektiv verlaufen: Während sich das Land weiterhin an gewissen Forschungsprojekten beteiligt, ist es aus vielem ausgestiegen, unter anderem auch aus dem Erasmus+ Programm. Einige Regelungen, wie beispielsweise zur CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Energiesektor, standen noch aus.

Im digitalen Bürgerdialog stand auch Annette Dittert, ARD-Korrespondentin in London und Studioleiterin des ARD UK Büros, den mehr als 200 Teilnehmenden Rede und

Antwort. Sie verwies darauf, dass vor allem kleine und mittlere Unternehmen durch den Brexit hart getroffen sind und viele vor der Insolvenz stehen – dies sei mittlerweile sogar vielen Fischern bewusst, die zuvor noch vehemente Brexiteers waren. Doch die Regierung um Premierminister Boris Johnson vermeide das Thema Brexit in der Öffentlichkeit, sagte sie. Die erfolgreiche Impfkampagne diene der Regierung als Beweis, dass der Austritt aus der EU sich gelohnt habe. Im Streit um den Corona-Impfstoff des Herstellers AstraZeneca zeige sich zudem die Strategie der UK-Regierung gegenüber der EU: Die EU steht als Sündenbock da, weil sie öffentlich über Exportverbote des Impfstoffs nach UK nachdenkt. Während der Impfstoff des britischen Herstellers dort in großer Zahl ausgeliefert wird, hat AstraZeneca der EU die Lieferungen stark gekürzt und Versprechungen nicht eingehalten. In Großbritannien ist das aber kaum Teil der Debatte – trotz katastrophaler Organisation genießt der Konzern in den britischen Medien große Anerkennung.

Auf Fragen zur Medienpluralität im Vereinigten Königreich äußerte sich Dittert besorgt: Die öffentlich-rechtliche BBC traue sich nicht mehr über den Brexit zu berichten, da der Sender von einer aggressiven Politik der Regierung eingeschüchtert sei. Ab Sommer werde es außerdem mit GB-News und UK-News zwei neue Fernsehsender geben, die ähnlich wie Fox News in den USA operieren sollen. In Großbritannien blieben somit wenige Medien, die sachlich und unvoreingenommen berichten. Viele von ihnen würden außerdem vom Mediengiganten Murdoch kontrolliert. Schon im Vorfeld des Brexit-Referendums zeigte sich der große Einfluss dieser Berichterstattung, so Dittert:

Die meisten Zeitungen berichteten mit klarem ideologischem Fokus; beispielsweise hatte die Daily Mail stark für den Brexit argumentiert.

#### UK vor dem Bruch?

Die Schott\*innen bewerten die politische Lage im Vereinigten Königreich größtenteils anders als ihre englischen Nachbar\*innen und hatten sich bereits beim Brexit-Referendum mehrheitlich für einen Verbleib in der EU ausgesprochen. Der Austritt aus der EU befeuert nun die Unabhängigkeitsbewegung, die amtierende Regierungschefin Nicola Sturgeon und ihre Scottish National Party (SNP) liegen in Umfragen weit vorne. Ein erstes Unabhängigkeitsreferendum im Jahr 2014 scheiterte zwar (ironischerweise wollte die Mehrheit der Stimmberechtigten im UK bleiben, um damit in der EU bleiben zu können!), doch durch den Brexit hat sich die Ausgangslage verändert: Vor allem die Jüngerer in Schottland fordern die Unabhängigkeit und den Wiedereintritt in die EU. Laut Annette Dittert verfügt Schottland über „eine zutiefst sozialdemokratische Gesellschaft, die den Turbokapitalismus der Tories in London überwiegend schrecklich findet und sich eher mit den Nordeuropäer\*innen identifiziert“. Die Situation ist ungewiss, denn die britische Regierung müsste einem Austritt Schottlands aus dem Vereinigten Königreich zustimmen, was Johnson vehement ablehnt.

Doch auch im Westen des Landes brodelt es: In Nordirland hatte sich eine Mehrheit ebenfalls für einen Verbleib in der EU ausgesprochen. Die Verhandlungen des Brexit-Deals zwischen Brüssel und London waren hier besonders heikel, denn die politische Lage an der irisch-nordirischen Grenze ist seit dem Karfreitagsabkommen 1998 nie komplett befriedet worden. Bernd Lange erklärte die aktuelle Regelung: Diese sieht vor, dass für Waren aus England, Schottland und Wales nach Nordirland Zollerklärungen abgegeben und EU-Zertifizierungen eingehalten werden müssen. Johnson habe allerdings öffentlich davon gesprochen, diese Regelung ignorieren zu wollen. Lange beklagte, dass sich die Regierung nicht an das Abkommen hält und der EU die Schuld gegeben wird. Die Stimmung sei so angespannt, dass europäische Beamt\*innen im





Remainer-Fenster in Brixton 2016: Nicht mal Churchills Appell, nicht davonzulaufen, hatte genug Überzeugungskraft in England.

Foto: Europäische Union 2016

Februar eine Woche nicht ins Büro in Belfast kommen konnten, weil ihre Sicherheit nicht gewährleistet war.

Allerdings sieht das Karfreitagsabkommen vor, dass Volksabstimmungen über den Austritt aus dem Vereinigten Königreich in Nordirland möglich sind – unabhängig von einer Erlaubnis von Westminster. Eine Verei-

nigung Nordirlands mit der Republik Irland scheint deshalb vorerst sogar wahrscheinlicher als die Unabhängigkeit Schottlands. Auf die Frage, ob das Königreich in seiner aktuellen Form auseinanderbrechen könnte, antwortete Annette Dittert drastisch: „Dies ist lediglich eine Frage der Zeit.“

für so ein relativ kleines Land, kommentierte er.

Eines ist klar: Großbritannien strebt nach mehr nationaler Souveränität und möchte auch international Standards setzen – ohne die EU. Boris Johnson scheint dafür keinen konkreten Plan zu haben und die Wirtschaft leidet bereits jetzt unter den Auswirkungen des Austritts. Noch überlagert die Corona-Krise den Diskurs, doch wie lange das anhält, ist ungewiss. Europa muss sich in Zukunft wohl darauf einstellen, dass Großbritannien eigene Wege geht, die besonders der EU nicht immer gefallen werden. Es liegt somit erst einmal an uns Bürgerinnen und Bürgern, die freundschaftlichen Beziehungen über den Ärmelkanal zu pflegen.

Moritz Hergl

Der Originalbeitrag ist im Rahmen einer Kooperation mit [treffpunkteuropa.de](http://treffpunkteuropa.de) erschienen. [treffpunkteuropa.de](http://treffpunkteuropa.de) ist Medienpartner der Bürgerdialogreihe der Europa-Union Deutschland „Europa – Wir müssen reden.“

### Ungewisse Zukunft

Bernd Lange hätte sich gerne eine intensivere Beziehung als das Handelsabkommen gewünscht, beispielsweise eine gemeinsame Außenpolitik. Nationale Souveränität angesichts von Mächten wie den USA und China sowie großen Firmen wie Facebook und Amazon sei eine „Illusion“

## Mitreden über Europas Zukunft!

Die Konferenz über die Zukunft Europas startet am 9. Mai. Bereits am 19. April ist die Internetseite der Konferenz online gegangen, über die jedefrau und jedermann sich bereits jetzt an der Zukunftsdebatte beteiligen kann. Die mehrsprachige digitale Plattform ermöglicht es Bürgerinnen und Bürgern aus ganz Europa, direkt mitzureden und ihre Ideen darzulegen, in welchem Europa sie leben möchten.

Die Konferenz muss zu einem Erfolg werden und zu einem politischen Durchbruch für ein besseres Europa beitragen. Dazu braucht es eine starke Beteiligung! Zeigen wir, dass uns unsere Zukunft nicht gleichgültig ist. Die Europa-Union Deutschland, die JEF und unser Dachverband UEF werden sich in die Debatte einbringen. Aber auch jede und jeder Einzelne von uns kann sich Gehör verschaffen! Hier: <https://futureu.europa.eu/?locale=de> oder bei den Bürgerforen und Diskussionsrunden zur Zukunftskonferenz, die unser Verband wie auch viele Akteure der organisierten Zivilgesellschaft, Kommunen und Institutionen in den nächsten Monaten virtuell und

vor Ort organisieren werden.

Wichtig ist der Europa-Union, dass Vorschläge, die auf der lokalen und regionalen Ebene von den Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet werden, auch wirklich in die Beratungen der Konferenz einfließen. Es dürfen keine Erwartungen geweckt werden, die man dann nicht erfüllen kann. Das hat der EUD-Bundesausschuss am 24. März deutlich gemacht. Hier sieht sich unser Verband auch selbst in der Pflicht: Wir werden den Prozess kritisch begleiten, lokale Initiativen zur Zukunftskonferenz ins Leben rufen und darauf hinwirken, dass eine tiefgreifende und inklusive Debatte gefördert wird. ■

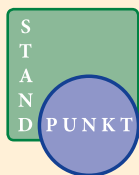


### EUD-Bundesausschuss:

#### Klar positioniert

Vier Beschlüsse – das ist das Ergebnis der konstruktiven Beratungen des digitalen EUD-Bundesausschusses am 24. März. Die Delegierten stellten ihre Forderungen für die Konzeption und Umsetzung der Konferenz zur Zukunft Europas auf, sprachen sich für Austauschprogramme mit dem Vereinten Königreich aus sowie die Sichtbarmachung der EU-Mittel beim deutschen Aufbau- und Resilienzplan. Die Beschlüsse sind im Wortlaut abrufbar unter: [www.europa-union.de/politik/beschluesse/beschluesse-nach-jahren/2021](http://www.europa-union.de/politik/beschluesse/beschluesse-nach-jahren/2021).

Außerdem verabschiedete das Gremium eine Geschäftsordnung für die künftigen gemeinsamen Bundesausschuss-Tagungen von Europa-Union und JEF. ■



## Europa mit Herz und Verstand

### Es wird Zeit für ein klares proeuropäisches Bekenntnis!

Im März wurde die Konferenz über die Zukunft Europas im Rahmen einer gemeinsamen Erklärung der Präsidenten des Europäischen Parlamentes und des Rates sowie der Präsidentin der Kommission beschlossen. Man will also nachdenken „über unsere Union, die Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen, und die Zukunft, die wir im Hinblick auf eine stärkere europäische Solidarität gemeinsam aufbauen wollen“. (Das Dokument dazu findet sich hier: <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-6796-2021-INIT/de/pdf>)

Der Konferenz-Prozess soll es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, an der Neugestaltung der Politik und der Institutionen der EU mitzuwirken. Der Beginn ist jetzt auf den kommenden Schuman-Tag, den 9. Mai 2021, festgelegt. Wir können nur hoffen, dass die Corona-Pandemie insoweit nicht wieder einen Strich durch die Rechnung macht wie beim ersten, dann vertagten Anlauf 2020.



*Den Stier bei den Hörnern packen und handeln – das fordert der Autor für die Zukunftskonferenz. Die Europa-Skulptur im niederländischen Soest macht es vor. Foto: Wikifrits*

Die ehrgeizigen Konferenzthemen werden so oder so eine enorme Mammutaufgabe zur Folge haben. Die Themen umfassen insbesondere: Gesundheitspolitik, Klimawandel, ökologische Herausforderungen, Wirtschaft im Dienste der Menschen, soziale Gerechtigkeit, Gleichheit

und Solidarität der Generationen, digitalen Wandel, europäische Rechte und Werte einschl. Rechtsstaatlichkeit, Migration, Sicherheit, Rolle der EU in der Welt und Stärkung der demokratischen Grundlagen der EU. Die gemeinsame Erklärung beinhaltet außerdem die Verpflichtung der EU-Institutionen, „den Europäerinnen und Europäern zuzuhören und den Empfehlungen der Konferenz Folge zu leisten“. Im Juni 2022 sollen die Schlussfolgerungen der Konferenz unter französischer Ratspräsidentenschaft verabschiedet werden.

#### Solidarisch agieren

Es versteht sich von selbst, dass wir in der Europa-Union, als einer besonders engagierten, proeuropäischen Vertreterin der Zivilgesellschaft in Deutschland, unsere Beiträge einbringen werden und damit diesen, bei der Konferenz anzuwendenden „bottom-up“-Ansatz tatkräftig unterstützen.

Wir wissen zu genau, dass die EU an vielen Baustellen in solidarischer Weise agieren muss, wenn sie zukünftig – nicht nur als ein zusammenhängender Wirtschaftsraum – vernommen werden will, zum Beispiel im Kräfteverhältnis mit den USA, China und Russland. Und wir wissen auch, dass viele Kräfte schon seit längerem versuchen, dieses, unser Europa, zu marginalisieren. Ich bin davon überzeugt, dass uns eine Rückkehr zu nationalistischen und isolationistischen Plänen nicht mächtiger, sondern ohnmächtiger machen wird.

Neben dieser eher rationalen Betrachtung steht in gleichbedeutend wichtiger Weise folgende persönliche Überzeugung: Es bleibt für alle proeuropäischen Kräfte eine Daueraufgabe, das europäische Bewusstsein in vielfältiger Weise zu stärken. Dazu zählen grenzüberschreitende Begegnungen, persönliches Erleben mit anderen Europäern, die gemeinsame Freude an konkreten, europäischen Veranstaltungen, Diskursen und Reisen. Europa kann immer nur so stark sein, wie seine Bürgerinnen und Bürger ein besseres Verständnis füreinander entwickeln.

Und dabei gilt: Europa ist wahrlich keine neue Erfindung. Das wird deutlich, wenn ich etwa an die vielen europäischen historischen Wurzeln denke, wie im Land Brandenburg: flämische Siedler, französische Glaubensflüchtlinge, schweizerische, holländische und böhmische Siedlungen ...

#### Mehr als Politik

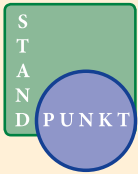
Europa gibt es also nicht nur politisch, sondern auch menschlich, kulturell und wertebezogen. So formulierte es kürzlich auch Bernd Posselt auf einer Online-Veranstaltung des EUD-Kreisverbandes Havelland.

Dass dabei gerade der jungen Generation ein besonderes Augenmerk zuerkannt werden muss, ist uns bewusst. Insoweit sollten wir die Bildungsministerien auffordern, wieder verstärkt Schulreisen ins europäische Ausland zu veranlassen. Wichtig ist zudem, das Interrail-Ticket, wo erforderlich, zu kofinanzieren. Nicht zuletzt sollten die vielen europäischen Städtepartnerschaften stärker beworben werden, da sie sich für wechselseitige Begegnungen insbesondere auf persönlicher Ebene einsetzen.

Um einem alten, aber immer noch wichtigen Anliegen der Europa-Union in Richtung der Medien Rechnung zu tragen: Die Zukunftskonferenz wäre sehr gut geeignet, regelmäßige und unterhaltsame sowie informativ gemachte Medien-Berichte etwa über das soziale und kulturelle Leben in den verschiedenen europäischen Mitgliedstaaten zu zeigen.

Europa und den Frieden in Europa gibt es nicht zum Nulltarif. Die Politik, aber auch die Zivilgesellschaft müssen dafür ihren Beitrag leisten. Er ist unverzichtbar und er lohnt sich, nicht zuletzt für die nachfolgenden Generationen! Lasst uns den Stier bei den Hörnern fassen und handeln!

*Wolfgang Balint,  
Landesvorsitzender der Europa-Union  
Brandenburg*



## Zur Zukunft Europas

### Was erwarten wir von der Konferenz? Was können wir beitragen?

Endlich konnte nun Anfang März die Konferenz zur Zukunft Europas offiziell in Gang gesetzt werden. Die Absicht, unter breiter Einbeziehung der Unionsbürgerinnen und -bürger grundlegende Zukunftsfragen für die mittel- und langfristige Entwicklung der EU zu diskutieren, haben wir als größte proeuropäische Bürgerinitiative in Deutschland immer gefordert. Dabei müssen die politischen Prioritäten im Mittelpunkt stehen, wie die Zukunft des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells, Nachhaltigkeit und Klimaschutz, Innovation und Digitalisierung oder die Grundwerte der EU ebenso wie institutionelle Fragen und die Weiterentwicklung der europäischen Demokratie. Beginnen sollte die Konferenz ja eigentlich zum Europatag 2020, aber dann kam Corona und die Bekämpfung der Pandemie hatte Vorrang. Wir werden uns in der Europa-Union gemeinsam mit dem Europäischen Parlament darum kümmern müssen, dass dieses Projekt auch den Anspruch und die Erwartungen erfüllt, die insbesondere das Europäische Parlament in seinem Entschließungsantrag dazu gefordert hat.

Ich denke, wir sollten nicht länger warten. Wir wollen uns auf die Konferenz vorbereiten, indem wir unsere Mitglieder – insbesondere Mandatsträgerinnen und Politiker, die Kandidaten für Landtags- und Bundestagswahlen, Europafreunde in den Partnerstädten unserer Kreisverbände und weitere Vertreter des öffentlichen Lebens – bitten, uns ihre Gedanken zur Zukunft Europas mitzuteilen. Wir werden auf diese Weise sicher einen bunten Strauß an Vorstellungen und Ideen erhalten, wie unsere Europäische Union in zehn, zwanzig oder fünfzig Jahren aussehen kann.

#### Integrationsziel festschreiben

Ich möchte mich zunächst auf drei Problembereiche beschränken. Da wäre zum einen die Diskussion um die Finalität des europäischen Einigungsprozesses. Wir in der Europa-Union haben in unserem 2012 verabschiedeten Düsseldorf Programm ganz

klar formuliert: „Unser Ziel ist der Europäische Bundesstaat“.

Die Politik, insbesondere der Europäische Rat, hat es bisher versäumt, ein solches Ziel festzuschreiben. In der Präambel des Vertrages von Lissabon ist zwar vom „Prozess der Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas“ die Rede, aber in welchen Schritten und in welchen Zeiträumen eine weitere Vertiefung der Integration erfolgen soll, bleibt offen.

Daraus ergibt sich nach meinem Dafürhalten eine Forderung an die Konferenz zur Zukunft Europas: Der mit der Gemeinschaftsmethode (Methode Monnet) verbundene Verzicht auf die Formulierung eines finalen Ergebnisses des Integrationsprozesses muss aufgehoben und durch ein klar definiertes Integrationsziel ergänzt werden.



Antonio Costa, David Sassoli und Ursula von der Leyen (v. l.) bei der Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung zur Zukunft Europas am 10. März im EP  
Foto: European Union 2021 / EP

#### Schluss mit der Einstimmigkeit

Ein zweites Problem, das sich zunehmend als Hemmnis bei der weiteren Vertiefung der europäischen Integration erweist, ist das immer noch in vielen Bereichen angewendete Einstimmigkeitsprinzip. Einstimmigkeit bedeutet im Umkehrschluss aber, dass jeder Mitgliedstaat ein Veto-recht besitzt. Dieses Veto-Prinzip stammt ja noch aus der Zeit der EWG mit sechs

Mitgliedern, und es hat damals schon zu Krisen geführt. In der heutigen Zeit kann es gar zur Handlungsunfähigkeit der EU führen, wie zum Beispiel bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise oder bei der Durchsetzung des Rechtsstaatsmechanismus. Die Krux bei der Sache ist nur, dass das Einstimmigkeitsprinzip auch nur einstimmig beseitigt werden kann. Mittelfristig ginge das nur über eine Änderung der Verträge. Allerdings ergibt sich hier die Frage, warum bei Entscheidungen im Ministerrat allzu oft (da, wo es nach den Verträgen möglich wäre) auf die Anwendung des Mehrheitsprinzips verzichtet wird. Eine sich daraus ergebende weitere Frage ist, ob diese Praxis nicht sogar vertragswidrig ist.

Wenn wir also wollen, dass die EU in Bereichen, in denen ihr die Verträge eine Kompetenz zuweisen, effektiver agieren kann, dann muss das Mehrheitsentscheidungsprinzip auf

weitere Politikbereiche ausgedehnt werden. Auch das ist ein Thema, dem sich die geplante Konferenz vorrangig widmen sollte.

#### Mehr Demokratie

Und drittens erhoffe ich mir, dass die Diskussionen der Zukunftskonferenz zu mehr Demokratie, Transparenz und Bürgernähe bei den auf europäischer Ebene zu treffenden Entscheidungen führen.

Letztlich sollten die Konferenzen zu entsprechenden Vertragsänderungen führen, auch wenn das jetzt noch durch die Blockade des Rates wenig wahrscheinlich erscheint. Aber ein Europa der Bürgerinnen und Bürger bedarf genau dieser Legitimation.

Jürgen Lippold,  
Landesvorsitzender der Europa-Union  
Mecklenburg-Vorpommern



## Nordrhein-Westfalen

### Bilanz gezogen

Zum Abschluss der NRW-Dialogreihe zur deutschen Ratspräsidentschaft luden die Kreisverbände Dortmund, Geilenkirchen, Münster und Leverkusen gemeinsam mit JEF Ruhrgebiet und JEF Münster zum Abschlussgespräch mit Sven Giegold MdEP ein. Ziel war es, eine Bilanz zu ziehen und einen Ausblick auf die portugiesische Ratspräsidentschaft zu geben.

Im Gespräch deckte der Europaparlamentarier Sven Giegold ein weites Feld von Themen ab. Für die zu Ende gegangene deutsche Ratspräsidentschaft hielt er zusammenfassend fest, dass die Hausaufgaben gemacht wurden, was in der Krise bereits ein gutes Ergebnis sei.

Kritisch gesehen wurde der Bereich der inneren und äußeren Handlungsfähigkeit der EU, wo insgesamt wenig Fortschritte gemacht wurden. Ein besonderes Augenmerk wurde dabei auf den Rechtsstaatsmechanismus gelegt. Giegold hofft, dass die Konferenz zur Zukunft Europas größere Fortschritte anstoßen könnte, und forderte die EUD und JEF auf, sich aktiv in den Prozess einzubringen.

### Monheim

**Auftakt zur Zukunftskonferenz:** Wohin gehst Du, Europa? Dieser Frage stellte sich Petra Kammerevert MdEP in einem



Die Rolle des Wiederaufbaufonds für Europas Zukunftsfähigkeit war auch ein Thema der Diskussion mit Petra Kammerevert MdEP.

Foto: European Union 2021

Webinar, zu der der Kreisverband in Kooperation mit der VHS eingeladen hatte. Die Veranstaltung fand im Vorfeld der Konferenz zur Zukunft Europas statt, zu der aktuell eingeladen wird.

Petra Kammerevert beantwortete die Fragen souverän. Einen hohen Stellenwert nahmen die Verstöße Ungarns und Polens gegen die Rechtsstaatlichkeit ein – die Konsequenz, dass in Zukunft projektbezogene Zahlungen seitens der EU abhängig von der Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit sind, wertete die Europaabgeordnete als Erfolg. Sie stellte klar, dass der von der EU aufgelegte Wiederaufbaufonds in der Größenordnung von 750 Milliarden Euro sowohl der aktiven Beseitigung der coronabedingten Schäden für Wirtschaft und Bevölkerung, aber auch einer zukunftsorientierten und nachhaltigen Klimapolitik und der Förderung der Digitalisierung in Europa dienen.

Die Einführung von Digitalsteuern im Sinne der Stärkung einer globalen Steuergerechtigkeit und die aktive Bekämpfung von „Fake News“ und „alternativen Fakten“ sind ebenfalls wesentliche Aufgaben, die nach ihrer Auffassung zur Gestaltung der digitalen Zukunftswelt gehören. Die Abschlussfrage des Moderators Manfred Klein, ob die Referentin in absehbarer Zukunft eine Stärkung oder eine Reduzierung der Befugnisse der Europäischen Union als wünschenswert erachte, beantwortete Kammerevert mit der Maßgabe, dass sie eine Konsolidierung der heutigen Aufgaben der Europäischen Union für wesentlicher halte als eine Erweiterung.

### Zum Tode von Emanuele Mascolo

Wir trauern um Emanuele Mascolo, Mitglied, Freund und ein Vorbild für viele im nordrhein-westfälischen Kreisverbandes Bocholt. Der Träger des Verdienstordens der Italienischen Republik „Commendatore, Grande Ufficiale“ verstarb am 25. Januar 2021.

Emanuele Mascolo wurde am 3. Juli 1938, kurz vor dem Ausbruch des Zwei-



Emanuele Mascolo (l.) erhielt 2013 aus der Hand von EUD-Präsident Rainer Wieland MdEP (r.) und im Beisein des damaligen Landesvorsitzenden, Staatsminister a. D. Wolfram Kuschke, das Ehrenkreuz der Europa-Union.  
Foto: EUD NRW

ten Weltkrieges, in Italien geboren. Aus dieser frühen Erfahrung und mit seiner unvergleichlichen Liebe zu Europa wusste Emanuele um die Bedeutung der Völkerverständigung.

Seine Interessen waren vielfältig, sein Engagement beispielhaft und seine Freundlichkeit allbekannt. Als Präsident des Italia-Club Brüderlichkeit, als Vorsitzender des Ausländer- und später des Integrationsrates der Stadt Bocholt gelang ihm die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund immer wieder.

Seine Mitgliedschaft in der Europa-Union begann 1972. Sowohl in Bocholt als auch im Landesverband bekleidete er Spitzenfunktionen. Er war zehn Jahre stellvertretender Landesvorsitzender und leitete 15 Jahre lang den Kreisverband Bocholt bis 2009, der ihn schließlich zum Ehrenpräsidenten ernannte.

Viele Europapolitiker gehörten zu seinem Bekanntenkreis, viele Konsuln und Botschafter verschiedener europäischer Staaten kamen auf seine Einladung nach Bocholt. Jahrelang war er konsularischer Berichterstatter der Republik Italien. Als Menschenfischer gewann er viele Menschen für die Mitarbeit in der Europa-Union. Wir verdanken ihm viel und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Verantwortlich: Simon Gutleben

## JEF

### Online die Zweite

Vier Monate nach dem letzten Bundesausschuss gemeinsam mit der EUD kam der JEF-Bundesausschuss am 19. und 20. März wieder zusammen. Leider aufgrund der aktuellen Pandemie wie gehabt nur im digitalen Format. Doch obwohl die digitale Müdigkeit und das „overzoomed sein“ sich mittlerweile auch bei den einzelnen Mitgliedern bemerkbar macht, hatten wir eine sehr produktive zweitägige Sitzung. Denn gerade in einem so entscheidenden Jahr wie 2021 ist es wichtig, dass die Gremienarbeit weiterläuft, dass der Verband zusammenhält und weiter politisch aktiv ist. Neben der „Democracy under Pressure“-Aktionswoche der JEF Europe, an der der Bundesausschuss kollektiv teilgenommen hat, spielten in diesen zwei Tagen die Kampagne für die kommende Bundestagswahl und die Zukunftskonferenz Europas eine wichtige Rolle.

Mit unseren Delegierten aus ganz Deutschland haben wir aktiv darüber gesprochen, Ideen gesammelt und angefangen, Konzepte zu entwickeln. Im Auftakt zum Bundesausschuss am Freitagnachmittag konnten wir mit unseren beiden Gästen, den Europaabgeordneten Gaby

Bischoff (S&D) und Daniel Freund (Grüne/EFA), zum Thema der Zukunftskonferenz diskutieren und Einblicke aus Brüssel gewinnen. Dabei kam die Verbandsarbeit natürlich nicht zu kurz. Neben den politischen Themen haben wir die AG Internationales neu eingesetzt und intensiv an unseren drei Bundesprojekten gearbeitet, die sich momentan gezielt mit unserer föderalen Vision, der Mitgliedergewinnung und der JEF als digitalem Jugendverband beschäftigen.

Im Rückblick auf den ersten digitalen Bundesausschuss im vergangenen Jahr konnte man sehen, wie routiniert so eine Online-Tagung mittlerweile läuft. Die digitale Verbandsarbeit ist zur Normalität geworden und hat uns einen – mit nur zwei Tagen – vergleichsweise schnellen Bundesausschuss ermöglicht. Trotzdem



JEF-Gruppenfoto beim Online-Bundesausschuss

Foto: JEF Deutschland

ersetzt das keineswegs das persönliche Zusammenkommen vor Ort, bei dem über die Verbandsarbeit hinaus das Wiedersehen und Netzwerken eine große Rolle spielt. Wir hoffen darauf, dass unser nächster Bundesausschuss im Sommer wieder in Präsenz stattfinden kann, damit wir wieder viel JEF-Spirit auftanken können.

Verantwortlich: Daniel Schäfer

## Thüringen

### Nachhaltigkeit im Mittelpunkt

Ein großes Thema, mit dem sich der Landesverband aktuell beschäftigt, ist das der Nachhaltigkeit. Wir freuen uns sehr, dass unser Vorstandsmitglied Holger Holland von der EU-Kommission zu einem regionalen Klimabotschafter für Thüringen ernannt wurde! Dadurch wird die Thematik des nachhaltigen Wachstums, wie er in den Plänen zum europäischen Green Deal verankert ist, noch wichtiger für uns werden.

Um dies mit Leben zu füllen, werden wir

im Rahmen der Europawoche vom 1. bis 9. Mai eine digitale Veranstaltung auf die Beine stellen, die sich mit den Rahmenbedingungen des Green Deals und seinen einzelnen Zielen wie dem technologischen Fortschritt, der CO<sub>2</sub>-Reduktion oder Müllvermeidung beschäftigt. Insbesondere im Bereich der Müllvermeidung werden wir auch weiterhin die Kooperation mit dem World Cleanup Day forcieren, die wir in den letzten Jahren aufgebaut haben.

### Förderung europapolitischer Verbände

Ein Schwerpunkt bleibt für uns in den nächsten Monaten auch die Forde-

rung, europapolitische Arbeit in Thüringen stärker institutionell zu fördern. Die JEF und die Europa-Union treten dafür gemeinsam an die demokratischen Parteien im Freistaat heran, um hierfür zu werben.

Die anstehende Landtagswahl im September wird wieder eine gute Gelegenheit sein, diese Frage stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Die europapolitischen Verbände leisten unserer Meinung nach einen wichtigen Beitrag für Thüringen als weltoffenes und demokratisches Bundesland – ein klares Bekenntnis zu dieser Arbeit wäre daher ein wichtiges Signal.

Verantwortlich: Mathias Staudenmaier



## Hessen

### Europa vor Ort

Eine überparteiliche Informationsveranstaltung unter dem Titel „Europa vor Ort – Kommunalwahlen 2021“ über die Online-Plattform Zoom lockte knapp 50 Teilnehmer an.

Die drei Veranstalter – die Landesverbände von EUD und JEF sowie EDIC Darmstadt – freuten sich über den interessanten Austausch der drei Redner, Thomas Mann (Landesvorsitzender und ehemaliger Europaabgeordneter), Wolfram Dette (Europa- und Wirtschaftsdezernent des Lahn-Dill-Kreises) und Philipp Krassnig (JEF Hessen) unter der Moderation von Alexander D. Jackson und technischen Einführung von Andreas May (Kreisvorsitzender Darmstadt).

Die Verknüpfung zwischen der EU, den Bundesländern, Regionen und Kommunen kam dabei ebenso zur Sprache wie ein überparteilicher Aufruf zur Beteiligung an den hessischen Kommunalwahlen, bei denen es stets viele Berührungspunkte zur EU gebe.

Dass der Europagedanke schon auf kommunaler Ebene so spürbar wird, ist nach Ansicht von Wolfram Dette vor allem Europabeauftragten und Partnerschaftsbeauftragten sowie Städtepartnerschaftsvereinen und -initiativen zu verdanken. Neben Fördergeldern biete die EU viele Anknüpfungspunkte für internationale Verständigung. Thomas Mann, der EU-Themen seit über 30 Jahren auf allen Ebenen bewirbt, rief nochmals auf, Europa spürbar und erfahrbar zu machen.

### News statt Fake News

Über 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen unter dem Titel „News statt Fake News“ zur Informationsveranstaltung des Landesverbandes zusammen. Jochen Pöttgen, Leiter der Regionalvertretung der Europäischen Kommission in Bonn, lieferte interessante Hintergrundinformationen zu aktuellen Themen auf der EU-Ebene, besonders detailliert und begründet zur Vorge-



Foto: EUD Hessen

*Pandemiebekämpfung auf Europäischer Ebene – in der Online-Diskussion des Landesverbands ging es auch darum, echte Nachrichten zu erfahren, statt Fake-News aufzusitzen.*



Foto: Markus Winkler on Unsplash

hensweise der EU in der Corona-Pandemie und bei der Impfstoffbesorgung und -verteilung. Landesvorsitzender Thomas Mann, der über Jahrzehnte aktiv im Europäischen Parlament mitgewirkt hat, moderierte den gelungenen Austausch, der im Ergebnis aufzeigte, wie wichtig eine koordinierte Vorgehensweise der EU in der Pandemie ist.

### Gemeinnützige Akademie

Die Europäische Akademie Schlüchtern ist im Vereinsregister eingetragen und als

gemeinnützig anerkannt. Damit wurden zwei weitere Meilensteine beim Wiederauflebenlassen der Akademie an ihrem Gründungsort bewältigt. Akademieleiter Thomas Otto Schneider freut sich jetzt auf die Planungen der Feierlichkeiten zur Gründung, auf erste Veranstaltungen und Schulungsprogramme.

### JEF

**Konferenz zur Zukunft Europas:** Die JEF Marburg und das EDIC Gießen luden zu einer interaktiven Online-Diskussionsrunde ein, bei der die Teilnehmenden die Möglichkeit hatten, im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas in Kleingruppen über europäische Werte und europäische Identität zu diskutieren. Erste Impulse für diese Diskussionen gaben dabei zwei Gespräche, die die Moderatorinnen und Moderatoren der JEF mit dem EUD-Landesvorsitzenden Thomas Mann sowie mit Prof. Dr. Claudia Wiesner, Inhaberin des Jean Monnet Chairs an der Hochschule Fulda, führten. Neben einem Bericht Manns über seine Erfahrungen als EP-Abgeordneter kam man auf dem Podium insbesondere auf den neuen Rechtsstaatlichkeitsmechanismus zu sprechen, über den heiß diskutiert wurde. Claudia Wiesner legte ferner dar, dass eine europäische Identität nur als vorgestellte Gemeinschaft über die Identifikation mit gemeinsamen Inhalten – etwa Werten und Politik-Ergebnissen – funktionieren würde. Kritik der Bürgerinnen und Bürger an jenen Politik-Ergebnissen sei daher ernst zu nehmen. Die offene Debatte über die Frage, ob eine Demokratisierung der EU zum Entstehen einer europäischen Identität beitragen könne, wurde auch in kleinen Diskussionsgruppen fortgesetzt. Abgerundet wurde der Abend mit etwa 40 Teilnehmenden durch einen Ausblick von Michael Schär, Leiter des EDIC Gießen, über die Konferenz zur Zukunft Europas.

Verantwortlich: Sven Ringsdorf



## Rheinland-Pfalz

### Von der Kaiserpfalz ins Hafenviertel

Im Frühling des neuen Jahrzehnts hat sich alles verändert. Wer hätte gedacht, dass wir uns mal nicht einfach so unbedacht mit anderen treffen könnten. Dass alle Geschäfte und Restaurants schließen und alle Meetings und Veranstaltungen nur noch online stattfinden. Für uns alle war das eine ganz schöne Umstellung. Die Digitalisierung bekam durch die Pandemie einen Turbo-Schub. Wie es der Zufall so wollte, ergab sich im Laufe des vergangenen Jahres 2020 für die Geschäftsstelle des Landesverbandes die Möglichkeit, von der Kaiserpfalz in den digitalen Hotspot in Mainz umzuziehen. Seit Januar 2021 ist das Gutenberg Digital Hub im futuristischen Hafenviertel am Zollhafen in Mainz neues Zuhause der Geschäftsstelle. Hier, im ehemaligen Weinlager, treffen Visionäre und Start-Up-Gründer aufeinander, tüfteln an Ideen und starten neue Initiativen. Das ist der perfekte Nährboden für zukünftige Kooperationen und Projekte des Landesverbandes.



Gutenberg-Hub in Mainz: Das neue Quartier des Landesverbandes

Foto: Esther Pasternak

## Rhein-Lahn

**Videokonferenz zur Entwicklungszusammenarbeit:** Am 5. Februar organisierte der Kreisverband ein virtuelles Gespräch mit dem Europaabgeordneten Norbert Neuser. Thema war die Entwicklungszusammenar-

beit mit den europäischen Partnerländern. Der Kreisvorsitzende Dr. Michael Monet stellte in seiner Begrüßung fest, dass Tageszeitungen und Amtsblätter viel zu wenig über die Arbeit des Europäischen Parlaments berichteten, was seiner Ansicht nach noch mehr zur Entfremdung der Bürger in der Wahrnehmung der Arbeit des Europäischen Parlaments als einzige demokratische Instanz in Europa führt.

In seinem Vortrag setzte Norbert Neuser Akzente auf die aktuellen Ereignisse sowohl in Europa als auch in der ganzen Welt. Bei der Bekämpfung der „Weltgefahr“ Corona müsse sich Europa auf jeden Fall noch mehr für die ärmeren Länder einsetzen, da die Pandemie überall gleichzeitig bekämpft werden müsse. Er bedauerte den Mangel einer konzertierten europäischen Haltung in Sachen Flüchtlingspolitik, die durch eine weit verbreitete nationalistische Haltung in vielen Ländern zur Missachtung der humanitären Verpflichtung Europas führt.

Weitere Themen, die den Europaparlamentarier Neuser besonders beschäftigen, sind die Konflikte im Nahen Osten und am Horn von Afrika, die zu großer menschlicher Not führen. Zur Sprache kamen auch

ser begrüßte das wachsende Engagement sämtlicher Schulen in Rheinland-Pfalz für die europäische Entwicklung.

Der Kreisverband plant weitere Videokonferenzen, solange die Pandemie andauert.

## JEF

**„Offene Grenzen – offene Geister“:** Unter diesem Motto lässt sich die erste rein digitale Landesversammlung der JEF Rheinland-Pfalz vom 12. bis 14. März zusammenfassen. Dabei haben wir zum einen die Doppelspitze in unsere Satzung aufgenommen und den Landesvorstand bestätigt und ergänzt (Tobias Justinger, Marc Riegel, Annika Sinner, Jonas Feld, Kaltrina Misini, Jan Weymeirsch, Calvin Muthig). Bedanken möchten wir uns bei den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern Stefan Preiß und Melih Esmar.

Zum anderen haben wir eine Awareness-Stelle in die Satzung aufgenommen. Awareness bedeutet für uns, ein Bewusstsein für die Erfahrungen marginalisierter Gruppen zu schaffen und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Die Stelle wird ausgefüllt von Albana Tërstena, sie ist Kontaktperson für Diskriminierungserfahrungen im Landesverband. Sehr gute Resonanz fand hier auch der Workshop zum Thema „Warum ist Rassismus so langlebig und was können wir tun?“ mit Veronica Laley.

Abschließend haben wir uns mit der Klage gegen die einseitigen Grenzschließungen Deutschlands am Beginn der Pandemie befasst. Gemeinsam mit unseren saarländischen Klagepartner\*innen empfanden wir diese als Angriff auf unsere europäischen Erungenschaften des Schengen-Raums. Viele haben uns hierbei unterstützt, mit Spenden in der GoFundMe-Kampagne, u.a. die JEF NRW. Denjenigen bereits jetzt vielen Dank!

Zum digitalen Format der Landesversammlung, mit Abstimmungs- und Wahlwerkzeugen, haben wir positive Rückmeldungen der Teilnehmenden erhalten. Wir wollen es auch zukünftig ergänzend einbinden. An alle richten wir die Einladung, bei Fragen mit uns in Kontakt zu treten: [vorstand@jef-rlp.de](mailto:vorstand@jef-rlp.de).

Verantwortlich: Esther Pasternak

## Niedersachsen

### Starkes Europa

Gemeinsam Europa wieder stark machen: Unter diesem Motto stand die deutsche Präsidentschaft 2020 in der EU. Weltweit türmen sich die Probleme: Die globale Klimakatastrophe, die Covid-19-Pandemie, die Digitalisierung hängen viele Menschen ab und kosten viel, weltweite Flüchtlingsströme zielen besonders auf ein Europa in Frieden, überall lodern kleinere und größere Streitereien und Konflikte. Die europäische Union ist zerstritten und wird von Einzelinteressen gelähmt, internationale Kooperationen und Institutionen sind unterfinanziert und machtlos, Verschwörungsfantasien verunsichern und ängstigen die Menschen.

Aber es gibt auch Lichtblicke und Entwarnungen: In den USA wurde ein neuer Präsident gewählt, die Bremser und Störenfriede von der britischen Insel werden endgültig eigene Wege gehen (trotz unübersehbarer Nachteile für die Menschen und die Wirtschaft), Washington, Moskau und Peking signalisieren Verhandlungsbereitschaft über globale Probleme. Junge Menschen gehen in großer Zahl auf die Straße und fordern Klimaschutz, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und – mehr Europa!

Es gibt also noch politische Hoffungszeichen. Demagogen und Nationalisten verlieren Stimmenanteile und an Einfluss. Es ist Zeit, dass alle überzeugten Europäer allen Anzeichen des Nationalismus mit guten und einleuchtenden Argumenten widersprechen. Nur durch internationale Zusammenarbeit können die EU und die Menschheit ihr Überleben sichern. Die EU hat gerade weitreichende Beschlüsse gefasst, wenn auch unter großen Mühen. Der siebenjährige EU-Haushalt wurde beschlossen, der politische Druck auf Rechtsstaatsabweichler wurde verstärkt, die Klimaziele wurden verbessert. Der Gemeinschaftsgeist hat gesiegt – freuen wir uns darüber.

### Göttingen

**Kein blinder Fleck mehr auf der Europakarte:** Der IT-Spezialist Andrej, die Journalistin Kseniya, der Taxifahrer Cimur, der

Baumpfleger Scjapan, der Unternehmer Aljaksej, die Studentin Arabejka, die Dozentin für Informatik an der Staatlichen Belarusischen Universität Vol'ha und die Wahlkampfstabsleiterin Maria – sie alle haben eine Sache gemein: Sie sitzen im Gefängnis unter dem Regime Lukaschenkos, wobei deren einziges „Verschulden“ der Kampf für Demokratie und Menschenrechte ist.

Der Kreisverband Göttingen, die Deutsch-Französische Gesellschaft, die Deutsch-Polnische Gesellschaft und die Europaabgeordnete Viola von Cramon nahmen den von der Anführerin der demokratischen Bewegung, Swetlana Tichanowskaja, erklärten „Tag der Solidarität mit Belarus“ (Weißrussland) zum Anlass, um die gemeinsame Unterstützung für die demokratische Bewegung in Belarus zu manifestieren und einen Appell an die Zivilgesellschaft in Südniedersachsen zu richten, sich an solidarischen Aktionen zu beteiligen.

Auch wenn Belarus nicht mehr der blinde Fleck in Europa zu sein scheint, denn wir hören regelmäßig bewegende und erschütternde Meldungen über einen unerschütterlichen und friedlichen Massenprotest gegen die Brutalität des Regimes und für Demokratie, verwechseln immer noch viele die EU-Außengrenze mit der Grenze Europas. Doch was in Belarus passiert, geht uns alle an! Was dort passiert, dürfen wir nicht in Europa zulassen! Wir rufen dazu auf, ein Zeichen der Unterstützung für die demokratische Bewegung in Belarus zu setzen.

### Oldenburg

**Zum EU-Lieferkettengesetz:** Die Europäischen Föderalisten aus Oldenburg begrüßen den Vorstoß des Europäischen Parlaments zum EU-Lieferkettengesetz ausdrücklich, sehen aber Verbesserungsbedarf. Der Entwurf geht deutlich über



Impressionen aus der Europa-Arbeit in Osnabrück im Pandemiejahr 2020  
Fotos / Collage: M. Steinkamp

das deutsche Lieferkettengesetz hinaus. So sieht die Initiative des Europäischen Parlaments strikte Sorgfaltspflichten nicht nur für Großunternehmen, sondern auch für börsennotierte, kleine und mittlere Unternehmen mit hohem Risiko sowie mittelbare Zulieferer und Subunternehmen von EU-Firmen in Risiko-Branchen wie der Textilindustrie vor.

Neben Menschenrechtsverletzungen sollen außerdem auch Nichteinhaltungen von Umweltstandards in der gesamten Wertschöpfungskette sanktioniert werden können. Die Entscheidung der Brüsseler Abgeordneten gebe daher „Anlass zu Hoffnung auf eine grundlegende Verbesserung der Arbeits- und Umweltstandards weltweit“, so Peter Meiwald, Vorsitzender der Europäischen Föderalisten Oldenburg. Insbesondere für Geschädigte wären die im Gesetzesvorschlag enthaltenen strengen Haftungsregeln ein riesiger Fortschritt, da für ausländische Schadensfälle auch Rechte des Landes, in dem das Unternehmen sitzt oder in dem es tätig ist, angewendet werden können. Die Oldenburger Föderalisten fordern zudem, dass besonders verwundbare Gruppen, etwa indigene Völker in Staaten wie Brasilien oder Indonesien, besser geschützt werden und schließen sich damit einem Beschluss ihrer Jugendorganisation Junge Europäische Föderalisten von 2020 an.

Verantwortlich: Cord Wilhelm Kiel



## Berlin

### Mit Schirm, Charme und Europa-Esprit

Drei ganz unterschiedliche Frauen, die sich von Berlin aus für Europa engagieren – aber eine gemeinsame Erinnerung, die sie im Kampf für ein freies Europa eint: nämlich die Erfahrung von Grenzen aus ihrer Kindheit und Jugend. Für sie alle ist dies eine Mahnung, dass die Freizügigkeit kein Geschenk, sondern eine Aufgabe ist. Beim digitalen „Café Europa“ zum Frauentag hatten wir die Chance, ihnen zuzuhören.

Eine der Gesprächspartnerinnen war Lisi Maier, frisch gekürte „Frau Europas“, Bundesvorsitzende des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend, Co-Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendrings und stellv. Vorsitzende des Deutschen Frauenrats. Sie sieht als eine der großen Aufgaben für die EU das Gender Budgeting, die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und die höhere Wertschätzung von Care-Arbeit. Silke Gebel, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Abgeordnetenhaus und Co-Sprecherin der Parlamentariergruppe der Europa-Union Berlin im Abgeordnetenhaus, unterstrich dies und wies auch darauf hin, dass Frauen immer noch nicht dasselbe verdienen wie Männer. Tags zu vor fand passenderweise der Equal Pay Day statt. Judit Hercegfalvi, Pressereferentin des Europäischen Parlaments in Berlin,



Weiblicher Dialog zum Internationalen Frauentag

Grafik: EUD Berlin

fokussierte auf die Corona-Krise, deren negative Folgen für die Gesellschaft vor allem Frauen tragen, wenn die Care-Arbeit zu ihren Ungunsten aufgeteilt wird. Alle drei berichteten in dem persönlichen Gespräch auch über Erfahrungen mit Sexismus. „Gut gemeint ist nicht gut gemacht“ – das trifft in der Arbeitswelt noch allzu oft zu. Ein Kompliment

weniger machen, dafür die Kompetenz der weiblichen Expertinnen wertschätzen, das würde einiges einfacher machen, waren sich die Referentinnen einig. Und ansonsten helfe nur eins, so Lisi Maier: „Bildet Banden!“

*Verantwortlich:*  
Anne Roewer & Katharina Borngässer

## Sachsen-Anhalt

### Belastungsprobe für Europa

Ein Jahr nach den ersten Lockdowns in Europa hält uns das Corona-Virus weiterhin in Schach und stellt die europäische Integration auf eine gewaltige Belastungsprobe. Dabei gäbe es gerade jetzt, nach dem Austritt Großbritanniens, enorm viel zu tun, um den Zusammenhalt der Europäischen Union zu stärken. Der Binnenmarkt, der Grüne Deal und der Aufbauplan nach der Pandemie sind Themen, die verstärkt in den Vordergrund

rücken und die ein geeintes Vorgehen notwendig machen, um auch global als starke Gemeinschaft auftreten zu können.

Um diese Themen zu diskutieren, war es dem Landesverband gemeinsam mit Europe Direct Magdeburg gelungen, gleich drei für Sachsen-Anhalt zuständige Europaabgeordnete am 24. März zu einem Online-Gespräch einzuladen: Anna Cavazzini (Bündnis 90/Die Grünen), Joachim Schuster (SPD) und Sven Schulze (CDU). Letzterer musste auf Grund eines dringenden Termins zwar kurzfristig absagen, machte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Meeting jedoch das Angebot, für einen neuen Termin zur Verfügung zu stehen.

Die Diskussion mit Cavazzini und Schuster drehte sich hauptsächlich um drei Themenkomplexe: erstens Pandemie und Impfstoffversorgung der EU, zweitens Möglichkeiten der Vertretung sachsen-anhaltischer Interessen in Brüssel und Straßburg und drittens um ein ganz praktisches Thema, nämlich Fördermöglichkeiten für europäische Projekte. Beide Parlamentarier machten deutlich, dass ihnen als „Betreuungsabgeordnete“ ihrer Parteien der Kontakt zu Sachsen-Anhalt und seinen Menschen sehr wichtig ist und die Europa-Union sowie Europe Direct hierbei wichtige Bindeglieder seien.

*Verantwortlich:* Thomas Rieke



## Saarland

### Wi(e)der die Grenze!

Mit den einseitigen, nationalen Regelungen zur Pandemiebekämpfung ist die deutsch-französische Grenze zwischen dem Département Moselle, dem Saarland und Rheinland-Pfalz wieder zu einer Trennlinie im gemeinsamen europäischen Lebensalltag der Menschen dieser zusammengewachsenen Region geworden.

Nachdem das Robert-Koch-Institut (RKI) das Département Moselle am 2. März als Virusvariantengebiet eingestuft hatte, hat die deutsche Bundesregierung auferlegt, dass alle Bewohner der französischen Grenzregion (ab dem 6. Lebensjahr) bei der Einreise nach Deutschland einen negativen PCR- oder Antigen-test, der nicht älter als 48 Stunden sein darf, nachweisen müssen. Außerdem muss vor jeder Einreise eine digitale Einreiseinformation ausgefüllt werden. Zudem dürfen sich Menschen aus Moselle wegen der grundsätzlichen Quarantänepflicht für Virusvariantengebiete nur noch maximal 24 Stunden in Deutschland aufhalten. Des Weiteren gilt ein Beförderungsverbot für Passagiere aus Moselle, was zur Einstellung grenzüberschreitender Zug-, Bus- und Straßenbahnlinien geführt hat.

#### Regel-Wirrwarr

Für die Einreise nach Frankreich wiederum gilt: Wer älter ist als elf Jahre, muss einen PCR-Test nachweisen, der nicht älter als 72 Stunden ist. Ausnahmen von der Testpflicht bei der Einreise nach Frankreich gelten für Menschen, die sich bei der Einreise nicht weiter als 30 Kilometer von ihrem Wohnort entfernen und weniger als 24 Stunden in Frankreich bleiben (sog. „kleiner Grenzverkehr“), für Berufspendler und für Lkw-Fahrer. Die Ausnahme von der Testpflicht muss mit einem geeigneten Nachweis belegt werden. Anders als im letzten Frühjahr gibt es keine stationären Grenzkontrollen, weder von deutscher noch von französischer Seite. Stattdessen wird stichprobenartig hinter der Grenze im Rahmen der Schleierfahndung kontrolliert.

#### Brutale Trennung

In einer Region wie dem Großraum Saarbrücken und Moselle-Est, die als Eurodistrict SaarMoselle einen einzigen Ballungs-, Lebens- und Wirtschaftsraum darstellt, in der die Grenze jegliche Bedeutung verloren hat, führen solche unkoordinierten Regelungen aus den nationalen Hauptstädten zu absurden, gar gefährlichen Situationen. Die rund 16.000 Berufspendler aus Moselle, die im Saarland arbeiten, müssen seither oft große Umwege fahren, um sich vor der Arbeit testen zu lassen (bei begrenzten Testkapazitäten).

Zeitverluste, Desorganisation und sogar Ausfälle von Beschäftigten sind die Folge. Kinder aus Moselle kommen wegen des Beförderungsverbots nicht mehr oder verspätet in die zahlreichen deutsch-französischen Bildungseinrichtungen im Saarland. Familien und Paare werden getrennt, die Pflege von Familienangehörigen oder die Kinderbetreuung werden unverhältnismäßig erschwert. Nach der Grenzschließung vom Frühjahr 2020 ist die Grenze schon wieder zum Strich durch die alltägliche Lebensplanung der Menschen geworden. Dabei hatten die lokalen und regionalen Instanzen des Saarlandes und von Moselle im Vorfeld der Einstufung durch das RKI

in enger Kooperation bereits beispielhafte Anstrengungen unternommen, um sich gemeinsam besser gegen das Virus zu schützen. So ist zum Beispiel unter der Leitung des Eurodistricts SaarMoselle innerhalb kürzester Zeit ein deutsch-französisches Testzentrum am Grenzübergang Goldene Bremm entstanden, wo täglich bis zu 1.600 Testungen kostenlos möglich sind.

#### Petition für Kooperation

In einer Petition, die innerhalb von weniger als zwei Wochen 2.742 Unterzeichnungen erzielt hat, fordert der Landesverband zusammen mit der UEF Grand Est und der Europa-Union Luxemburg die politischen Entscheidungsträger in Berlin, Paris und Brüssel dazu auf, koordinierte, praktikable und verhältnismäßige Lösungen im Kampf gegen die Pandemie für die Bewohner der Grenzregionen zu schaffen. „Wir brauchen jetzt einheitliche und eng abgestimmte Einreisebestimmungen sowie gemeinsame Test- und Impfstrategien, um die Ausbreitung der Virusmutationen wirksam zu verhindern. Der notwendige ‚kleine Grenzverkehr‘ muss pragmatisch und lebensnah wieder möglich gemacht werden“, erklärt Margriet Zieder-Ripplinger, Vorsitzende des Landesverbandes. Als mögliche Lösung schlägt der Landesverband vor, das Dokument zur



Wenn die Grenze zum Strich in der Lebensplanung der Menschen wird: Im Großraum SaarMoselle ist man sauer über die neuen Regelungen.



Die Landesvorsitzende Margriet Zieder-Ripplinger spricht sich in einer Videobotschaft gegen die Grenzschließungen aus. Fotos: EUD Saarland

Selbsterklärung über triftige Gründe für den Grenzübertritt vom letzten Jahr statt der täglich neuen digitalen Einreiseanmeldung wieder anzuerkennen und die Testfrequenz für diese Personen auf einmal pro Woche zu reduzieren. Zudem soll der grenzüberschreitende öffentliche Nahverkehr wieder aufgenommen werden und Möglichkeiten für kostenlose Antigentests an den Knotenpunkten der öffentlichen Verkehrsmittel geschaffen werden.

### Gemeinsame europäische Regeln

Perspektivisch müsse sich aber auch strukturell etwas ändern, damit die Probleme nicht ständig wiederkehrten. „Die EU-Mitgliedstaaten und die europäischen Institutionen müssen harmonisierte effektive Regeln für Hochrisikogebiete und Teststrategien festlegen, um so die Grundfreiheiten der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu schützen und gleichzeitig die Ausbreitung des Corona-Virus und seiner Varianten einzudämmen“, fordert Zieder-Ripplinger. Wenn das nicht gelinge, müssten einzelne Länder, z. B. Deutschland und Frankreich, ein Beispiel für zwischenstaatliche Zusammenarbeit vorschlagen und dieses Thema auf die europäische Ebene bringen, greift sie den gemeinsamen Vorschlag der Europa-Union Deutschland und der UEF France auf.

„Die Menschen verlieren mehr und mehr das Vertrauen in das europäische Projekt, wenn sie sehen, dass die europäische Zusammenarbeit im Alltag immer wieder scheitert“, bedauert die Landesvorsitzende. Bevor Rechtspopulisten und Rechtsextreme davon profitierten, müssten allen voran die europäischen Föderalisten wieder glaubhaft und lautstark für ihre ureigene Sache kämpfen.

## „Crashtest“ Corona-Krise

Am 25. Februar fand das dritte „Online-Meeting mit Europa“ statt. Dabei zog die Landesvorsitzende Margriet Zieder-Ripplinger zusammen mit der Geschäftsführerin des Eurodistricts SaarMoselle, Céline Laforsch, und Christophe Arend, Abgeordneter der französischen Nationalversammlung aus Saarbrückens Nachbarstadt Forbach, eine Bilanz zur deutsch-französischen Kooperation nach zwei Jahren Aachener Vertrag („Elysée 2.0“).

Eigentlich hätte auch Gilbert Schuh, Präsident des Eurodistricts SaarMoselle und Bürgermeister der lothringischen Grenzgemeinde Morsbach, an der Diskussion teilnehmen sollen. Doch es kamen ihm die tagesaktuellen Entwicklungen in der Corona-Krise dazwischen. Die französische Regierung hatte noch am Morgen desselben Tages angekündigt, dass sie kurzfristig die Einreisebestimmungen nach Frankreich verschärfen werde. Die Vorbereitungen zur Einrichtung eines deutsch-französischen Corona-Testzentrums für Grenzpendler durch den Eurodistrict SaarMoselle am Grenzübergang Goldene Bremm liefen seither auf Hochtouren.

Zunächst berichtete Christophe Arend, auch Co-Vorsitzender der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung, über die Bemühungen der deutsch-französischen Taskforce, die durch gemeinsame Strategien bei der Pandemiebekämpfung versucht hat, harte Grenzkontrollen zu verhindern. Anschließend sprach er über den Fortschritt der ersten 15 deutsch-französischen Projekte aus dem Aachener Vertrag, die übrigens alle im europäischen Wiederaufbaufond „Next Generation EU“ eingebracht werden sollen. Als funktionierende Beispiele hob er den Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit und das deutsch-französische Zukunftswerk hervor.

Arend zeigte sich zufrieden mit der Bilanz der deutsch-französischen Kooperation der letzten Jahre, doch die aktuelle Corona-Krise sei ein wahrer „Crashtest“, bei dem viel auf dem Spiel stehe. Die großen Herausfor-

derungen des 21. Jahrhunderts – Energie, Digitalisierung, Verteidigung und Migration – könnten beide Länder nur durch eine enge Zusammenarbeit bewältigen.

### Auf einem guten Weg

Céline Laforsch berichtete von aktuellen Schwierigkeiten beim Vorhaben, eine deutsch-französische Kita in Saarbrücken einzurichten – eines der vielen Beispiele für grenzbedingte Hindernisse, die ihr europäischer Zweckverband zu beseitigen versucht. Für die Zukunft hofft sie auf mehr Kompetenzen und mehr finanzielle Mittel für den Eurodistrict. Die Projekte zur Entwicklung der grenzübergreifenden städtischen Region reichen von der grenzüberschreitenden Buslinie MS zwischen Saarbrücken und Hombourg-Haut, dem Bücherbus „Bi-Bus“ zur Förderung von Zweisprachigkeit und interkultureller Kompetenz an Grundschulen über die touristische Aufwertung der Region durch Veranstaltungen wie „Warndt Weekend“ oder durch eine Neugestaltung der Flussufer der Saar („Das Blaue Band“) bis zur Förderung des Wirtschaftsstandortes durch eine Präsenz bei der Hannover Messe.

Christophe Arend betonte als herausragende Errungenschaft des Eurodistricts die MOSAR-Kooperation zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung, die es Patient\*innen aus Moselle ermöglicht, sich in saarländischen Kliniken im Bereich Kardiologie und Neurochirurgie behandeln zu lassen. „Diese Sache ist doppelt schön, sie hat die Überlebensrate nach einem Herzinfarkt auf 93 Prozent erhöht und hat die Basis dafür geschaffen, dass französische Covid-19-Patient\*innen in Deutschland und dem übrigen Europa zur intensivmedizinischen Behandlung aufgenommen werden konnten“, lobte der Abgeordnete und Zahnmediziner Arend. Gegen Ende offenbarte er mit großer Überzeugung auch seine Vision für die Region: Zwischen Moselle und Saarland solle die erste grenzübergreifende europäische Metropole gegründet werden. Beide Gäste waren sich einig, dass die deutsch-französische Kooperation trotz vieler „Stolpersteine“ auf einem guten Weg sei, um das zu ermöglichen.

Verantwortlich: Jonas Heintz

## Baden-Württemberg

### Empfang mal anders

Diesmal mussten die Landesverbände von EUD und JEF sowie das Landeskomitee der Europäischen Bewegung neue Wege gehen und richteten erstmals einen virtuellen Neujahrsempfang aus, der auf Interesse im gesamten Land stieß. Die Landesvorsitzende Evelyne Gebhardt MdEP ging in ihrer Einführung auf das Motto „Wir Bürgerinnen und Bürger im Herzen Europas“ ein, das in Zeiten der Pandemie noch wichtiger geworden sei, um gemeinsam aus der Krise zu kommen. Hauptrednerin war Landtagspräsidentin Muhterem Aras. Sie betonte die Bedeutung der europäischen Einigung für die Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben. Danach rundete ein Europäisches Pub-Quiz den Abend in geselliger Runde ab.

### Die EU und China

Mit einer Online-Veranstaltungsreihe will der Landesverband verschiedene Facetten der EU-China-Beziehungen beleuchten und Stimmen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zu Wort kommen lassen. Den Auftakt machte am 11. Februar ein Europa Café online mit Dr. Philipp Meyer, CFO von JFY (Trumpf China) in Shanghai und Co-Sprecher German Asia-Pacific Business Association. Er berichtete über die aktuelle innenpolitische und wirtschaftliche Situation sowie die Covid-19-Auswirkungen in China, die Lage der US-China-Beziehungen insbesondere vor dem Hintergrund der US-Wahlen und das neue EU-China-Investitionsabkommen. Er gab auch seine Einschätzung zur EU-Außen- und Handelspolitik gegenüber China und mahnte die Entwicklung einer kohärenten EU-Asien-Strategie an.

### Vorstand tagte

Der Landesverband ist finanziell wieder gut aufgestellt und kann seine Tätigkeiten 2021 sicher finanzieren. Dies wurde bei der ersten Landesvorstandssitzung am 13. Februar deutlich, wo es unter anderem um den Beschluss des Haushaltsplans ging. Außer-

dem wurde beschlossen, eine Arbeitsgruppe auf Landesebene aus Europa-Union und JEF einzurichten, die sich mit der Konferenz zur Zukunft Europas beschäftigt.

### Neue Sprecher

Die AG Europa-Professionell hat ein neues Sprecher-Team. Aline Theurer von Handwerk International und Nikolas Groß vom Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband koordinieren zukünftig die Aktivitäten der AG. Sie wollen den Netzwerk-Charakter von Europa-Professionell stärken und wieder gezielt Menschen ansprechen, die beruflich mit EU-Themen befasst sind. Dabei sollen aktuelle EU-Vorhaben und Fragestellungen mit Baden-Württemberg-Bezug im Mittelpunkt stehen. Seitens des Landesvorstands sind Dr. Petra Püchner und Florian Ziegenbalg weiterhin Ansprechpartner für die AG Europa-Professionell.

### Aktive gesucht

Für das neue Veranstaltungsformat „Donauabend (virtuell)“ der AG Donauraumstrategie suchen wir Mitmacher\*innen. Digital oder vor Ort soll pro Abend ein Ort an der Donau, ein Land der Donauraumstrategie oder ein „Donau-Thema“ im Fokus sein. Egal ob Kultur, Politik, Aktuelles, Tourismus oder Corona: Referent\*innen geben einen Impuls oder eine Führung, anschließend gibt es Zeit für Fragen und Diskussion. Eine Veranstaltungsdauer von einer Stunde ist geplant.

### Junge Europäer – JEF

**Digitale Landtagswahl-Kampagne:** Im Februar startete unsere digitale Kampagne zur Landtagswahl #EULiveImLändle mit verschiedenen Veranstaltungen.

**Das parlamentarische Europaforum:** Auf dem digitalen Podium diskutierten Fabian Gramling, stellv. europapolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Joshua Frey, europapolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion, Nicolas Fink für die SPD-Landtagsfraktion und Prof. Dr. Erik Schweickert für die FDP/DVP-Fraktion. Nach einem Grußwort des JEF-Landes-

vorsitzenden Jakob Rauschert führte Landespressesprecher Mark Wendt durch den Abend und stellte den Politikern Fragen zu Themen wie der Finanzpolitik, der europäischen Bekämpfung des Coronavirus oder den pandemiebedingten Grenzschließungen im Frühjahr 2020. Bereichert wurde die Diskussion durch gute Beiträge aus dem Publikum zur EU-Wertegemeinschaft, zum Investitionsabkommen mit China oder zu einer baden-württembergischen EU-Identität. Trotz inhaltlicher Unterschiede, wie etwa beim Green Deal, dem mehrjährigen Finanzrahmen oder der Agrarpolitik, diskutierten alle Beteiligten sehr fair und sachlich miteinander und es wurde erneut deutlich, dass das Thema Europa parteiübergreifend verbindet – auch im Landtag. Die aufgezeichnete Veranstaltung ist auf der Facebook-Seite [@Junge Europäer – JEF Baden-Württemberg](#) als Stream zu sehen.

**4x Instagram-Live:** Die Gesprächs-Reihe nahm die europapolitischen Programme zur Landtagswahl unter die Lupe. Vier Mal diskutierte Landespressesprecher Mark Wendt mit Sabine Wölfle MdL (SPD), Fabian Gramling MdL (CDU), Daniel Karrais MdL (FDP) und Joshua Frey MdL (B90/Grüne) je 30 Minuten über die Wahlprogramme und ihren Bezug zu Europa. Dabei wurden unterschiedliche Positionen, etwa beim Klimaschutz oder in der Asylpolitik, deutlich. Erfreulich für uns war jedoch, dass sich alle vier Parteien zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und zur starken Partnerschaft mit Frankreich bekannten. Zum Abschluss wurden alle Europaprogramme verglichen und zusammengefasst – dies und die aufgezeichneten Gespräche finden sich auf Instagram: [@jef\\_bawue](#).

**Statements der Spitzenkandidat\*innen:** Zuletzt baten wir alle Spitzenkandidaten um ein einminütiges Statement und die Antwort auf diese Frage: „Baden-Württemberg und Europa? Wie passt das zusammen?“ Die Antworten von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (B90/Grüne), Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann (CDU) und der Fraktionsvorsitzenden Andreas Stoch (SPD) und Dr. Hans-Ulrich Rühle (FDP) sind auf dem Instagram-Kanal [@jef\\_bawue](#) anzusehen.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg



## Luxemburg

### Gigantischer Aufbauplan

Mit NextGenerationEU hat die EU inmitten der Coronakrise ein finanzielles Aufbauprogramm in nie dagewesener Größe beschlossen, um auf solidarische Weise in den Mitgliedsländern coronabedingte Schäden für Wirtschaft und Gesellschaft abzufedern. Doch wie kann gewährleistet werden, dass die Mittel in den Mitgliedsländern zielgerichtet eingesetzt werden und das Programm damit später mal als ein Meilenstein der europäischen Integration gefeiert werden kann?

Dies diskutierten die österreichische Europaministerin Karoline Edtstadler und der Repräsentant der Europäischen Kommission in Luxemburg, Dr. Stephan Koppelberg, unter der Moderation von Dr. Hardy Ostry von der Konrad-Adenauer-Stiftung in einer gemeinsamen Veranstaltung der Europa-Union Luxemburg mit der Österreichischen Botschaft in Luxemburg.

Einigkeit bestand in der Tragweite, die die Vergemeinschaftung von Schulden in der Größenordnung des beschlossenen Anleiheprogrammes hat. Während die Ministerin darauf hinwies, dass dieses Programm

als solidarische Antwort auf die Corona-Pandemie einmalig sei, erläuterte der Kommissionsrepräsentant, dass der schnelle Beschluss und die zügige Umsetzung des Programms die Märkte in zukünftigen Krisen überzeugen und den Euro-Währungsraum psychologisch stärken würde.

#### Effiziente Mittelkontrolle erfolgsentscheidend

Karoline Edtstadler erläuterte, dass die „Frugalen Vier“, also die „vier sparsamen“ Länder Österreich, Niederlande, Schweden und Dänemark, sich erfolgreich dafür eingesetzt haben, dass die Mitgliedsländer rechenschaftspflichtig gegenüber der EU sind hinsichtlich der Mittelverwendung. Es bestand die gemeinsame Ansicht, dass eine effiziente Mittelkontrolle notwendig sei. Stephan Koppelberg erklärte, dass neben dem Europäischen Parlament der Europäischen Betrugsbekämpfungsbehörde OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft eine wichtige Rolle zukommen werde. Beide werden Zugang zu relevanten Daten haben und, wenn notwendig, reagieren.

#### Grüner und digitaler Wandel

Zur Mittelverwendung erläuterte Koppelberg, dass die Mittel insbesondere in den digitalen und grünen Wandel investiert werden sollten. Spezifisch europäische Projekte wie grenzüberschreitende Infrastruktur seien nicht ein vorrangiges Ziel per se, sondern würden ebenfalls an den Innovations- und Nachhaltigkeitszielen gemessen werden.

Sowohl die österreichische Ministerin wie auch der EU-Repräsentant betonten die Notwendigkeit der „Konditionalität“, also dass die Mittelvergabe geknüpft wird an die Einhaltung von Rechts-



**EuropaUnion**  
Deutschland

**Impressum**

**2/2021**

**EUROPA AKTIV –  
Aktuelles aus Politik und Verbandsleben**

**Herausgeber:**

Europa-Union Deutschland e.V.  
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin  
Tel.: (030) 303 6201 30, Fax: (030) 303 6201 39  
E-Mail: [info@europa-union.de](mailto:info@europa-union.de)  
Internet: [www.europa-union.de](http://www.europa-union.de)

**Redaktion:**

Kathrin Finke (v.i. S. d. P.)  
Birgit Kößling

**Redaktionsanschrift:**

Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin  
Tel.: (030) 303 6201 30  
E-Mail: [redaktion@europa-aktiv.de](mailto:redaktion@europa-aktiv.de)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26.4.2021  
Annahmetermin für Ausgabe 3/2021: 15.6.2021  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

**Bei Adressänderungen wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Landesverband oder direkt an das Generalsekretariat der Europa-Union!**

**Gesamtherstellung:**

SEOTrade Andreas Schreiber  
Auf der Ley 5, 53773 Hennef  
Mobil: (01 75) 5 28 93 77  
E-Mail: [info@seotrade.de](mailto:info@seotrade.de)  
Internet: [www.seotrade.de](http://www.seotrade.de)

**Druck:**

GÖRRES-DRUCKEREI UND VERLAG GMBH,  
Koblenz/Neuwied  
Internet: <http://www.goerres-druckerei.de>



Die Zeit zum Handeln ist jetzt: Nachhaltigkeitsziele sollten nach Meinung der Diskutanten ganz oben auf der Agenda des EU-Konjunkturpakets stehen.

Foto: European Union 2019

staatlichkeitsprinzipien. Letzteres wird aktuell vor dem Europäischen Gerichtshof verhandelt.

Fazit: Das Europäische Konjunkturpaket wird später im Rückblick dann als erfolgreicher Meilenstein angesehen werden, wenn es Europa krisenfester gemacht und einen europaweiten Technologieschub ausgelöst hat.

Verantwortlich: Martin Hillebrand

## Schleswig-Holstein

### Politische Bildung via TikTok

TikTok? Ist das nicht diese App, auf der Jugendliche filmen, wie sie zu Partymusik tanzen? Diese Auffassung von TikTok gehört der Vergangenheit an. Denn mittlerweile hat sich die Social-Media-Plattform nicht nur inhaltlich gewandelt, sondern darüber hinaus zu einem ernst zu nehmenden Konkurrenten für Plattformen wie Facebook und Instagram entwickelt. Seit September 2020 ist auch die Europa-Union Schleswig-Holstein mit dem Kanal „europa\_bewegen“ dabei. Getreu dem Motto „EU-Politik muss nicht anstrengend oder langweilig sein“, postet „europa\_bewegen“ wöchentlich mehrere Videos, die politische Bildung aus dem staubigen Schulbuch in unterhaltsame Videos umwandelt und es damit direkt auf die Handybildschirme Tausender User\*innen schafft. Die Zielgruppe der Applikation fächert sich von Schüler\*innen der Mittelstufe bis hin zu den



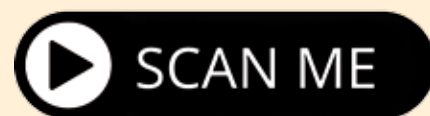
Europabildung auf TikTok: Scannen Sie einfach den QR-Code, dann gelangen Sie direkt zum neuen Kanal „europa\_bewegen“. Grafik: EUD Schleswig-Holstein

eigenen Großeltern, die der jungen Generation mit lustigen Videos Konkurrenz machen. Ob Tanzvideos, peinliche Zufallsmomente, Comedy oder informative Videos – auf TikTok kann der Kreativität freien Lauf gelassen werden. Der Kanal „europa\_bewegen“ nutzt genau diese Vielfalt an Möglichkeiten aus, um die Themen Europa und EU-Politik auf der Plattform bekannt und beliebt zu machen.

Von Erklärvideos, die sich mit Fragen befassen wie „Welche Länder sind Teil der EU? Wie arbeitet die Europäische Kommission? Welche Aufgaben hat das Europäische Parlament und wo liegt überhaupt der Unterschied zwischen dem Europäischen Rat und Europarat?“ bis hin zu Videoreihen wie „EU-Quiz Country“ beschäftigt sich der Kanal mit allerlei Themen rund um Europa. Im Gegensatz zu Plattformen wie Facebook oder Instagram bietet TikTok eine diversere und größere Reichweite der eigenen Inhalte. Es ist kein Geheimnis, dass auch TikTok über Filter-Bubbles verfügt, allerdings bietet die sogenannte „For You Page“ oder zu Deutsch „Für Dich Seite“ ein Schlupfloch. Generiert ein Video genügend Aufrufe und Interaktionen wie Likes und Shares, schlägt die App das Video automatisch User\*innen vor, die den eigenen Kanal noch nicht abonniert haben und zudem in den unterschiedlichsten Ländern der Welt leben. Kriert man die eigenen Inhalte auf Englisch mit Untertiteln und nutzt zudem Lieder, die derzeit beliebt auf der App sind, steigt die Wahrscheinlichkeit, die eigene Reichweite durch die „Für Dich Seite“ erweitern zu können. Genau dieser Strategie folgt auch „europa\_bewegen“. Da der Unterhaltungsfaktor natürlich nicht zu kurz kommen darf, bieten Videos mit kurzen Sketchen zu verschiedenen Abläufen der EU sowie die Interpretation der Brexit-Verhandlungen als Musical eine gelungene Abwechslung zu Erklär- und Lernvideos, wie wir sie bisher kannten.

### Tarp

**Zukunftskonferenz in der Region Sønderjylland-Schleswig:** Am 30. Januar fand die erste EU-Zukunftskonferenz in der Region Sønderjylland-Schleswig statt. Themen waren offene Grenzen und Rechtsstaatlichkeit bzw. demokratische Grundsätze. Gäste der ersten von Siegfried Matlok moderierten Podiumsdiskussion waren die dänischen und deutschen Europaabgeordneten Karen Melchior,



Die Zukunftskonferenz wurde aufgezeichnet. Hier geht es zum Video!  
Grafik: EUD Tarp

Svenja Hahn, Delara Burkhardt, Asger Christensen sowie der Minderheitenbeauftragte der Landesregierung, Johannes Callsen. Als Vertreter der Wissenschaft nahm Martin Klatt von der Süddänischen Universität in Sønderburg teil. In den Debatten wurde deutlich, dass Taskforces zur Situation an den Grenzen, vor allem während der Lockdown-Phasen, gebildet werden müssen. Der Schutz der EU-Außengrenzen soll als europäische Aufgabe aufgefasst werden, bei der die europäischen Institutionen souverän und gesamteuropäisch Verantwortung übernehmen. In der zweiten Podiumsdiskussion, ebenfalls moderiert von Siegfried Matlok, waren Marlene Wind (Universität Kopenhagen), die Mitglieder des Europaparlaments Niclas Herbst und Rasmus Andresen sowie der aus dem Schleswig-Holsteinischen Landtag in den Ausschuss der Regionen gewählte Bernd Voß die Gäste. Völlige Einigkeit herrschte darin, dass Rechtsstaatlichkeit innerhalb der EU eine selbstverständliche Grundlage sein muss. Die Sicht der Regionen, so die Konferenzteilnehmenden, müsse neben der nationalen und europäischen Perspektive gleichberechtigt werden. Der Minority SafePack zeige, wie viel Möglichkeiten die EU den Minderheiten einräumt: Die Forderungen der Minderheiten müssten respektiert werden. Die Verknüpfung der Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit mit der Zahlung von EU-Mitteln sei ein erster Schritt innerhalb der EU. Die Einbindung des Europäischen Gerichtshofes sei dabei notwendig und absolut richtig.

Verantwortlich: Carina Strüh



## Crossroads Europe

Die EU steht am Scheideweg, entsprechend betitelt ist eine EU-weites Projekt unseres Dachverbandes UEF. „Crossroads Europe“ heißt die Reihe, an der sich die Europa-Union im Mai mit zwei Veranstaltungen beteiligt. Wir wollen die Beziehungen der EU zu den Ländern des Globalen Südens beleuchten. Sie sind herzlich eingeladen zu folgenden zwei Online-Veranstaltungen:

„Die EU-Handelspolitik zwischen Werten und Profit“ wird am 18. Mai (17.00-20.30 Uhr) in den Fokus rücken. In diesem interaktiven Workshop werden sich die Teilnehmenden unter Anleitung zweier Bildungsreferentinnen mit der EU-Handelspolitik und ihren Implikationen für den Globalen Süden auseinandersetzen. Hierzu finden parallel zwei Workshop-Einheiten zu den Themen „Textilindustrie“ und „Geflügelexporte“ statt. Die Einheit zur „Textilindustrie“ wird u. a. die Rolle von transnationalen Konzernen und die Situation in ausgewählten Produktionsländern beleuchten, gleichzeitig jedoch auch die europäische Dimension mit Blick auf ein europäisches Lieferkettengesetz berücksichtigen. Im Workshop-Element zu den „Geflügelexporten“ erhalten die Teilnehmenden im Rahmen eines Planspiels die Möglichkeit, in Rollen unterschiedlicher

Akteure wie der ghanaischen Regierung oder der Europäischen Kommission zu schlüpfen.

„Die Zukunft der EU-Afrika-Beziehungen“ ist das Thema für die Veranstaltung am 20. Mai (17.00-18.30 Uhr). In diesem Online-Bürgerdialog mit Dr. Christine Hackenesch (Regionalkoordinatorin Afrika, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik), Dr. Boniface Mabanza (Koordinator der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika) und dem Europaabgeordneten Jan-Christoph Oetjen (Mitglied im Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments) werden Themen wie die Handelsbeziehungen, die Impfstoffverteilung sowie eine neue EU-Afrika-Strategie, die im Laufe des Jahres während eines Gipfeltreffens zwischen der EU und der Afrikanischen Union verabschiedet werden soll, im Mittelpunkt stehen. Ziel der künftigen EU-Afrika-Beziehungen ist demnach eine verstärkte Zusammenarbeit in Schlüsselbereichen wie der Digitalisierung, aber auch der Klima- und Migrationspolitik.

Anmelden können Sie sich unter [www.europa-union.de/crossroads](http://www.europa-union.de/crossroads). ■

**CROSSROADS EUROPE**  
WORKSHOP  
**Die EU-Handelspolitik zwischen Werten und Profit**  
Dienstag, 18. Mai, 17.00 bis 20.30 Uhr  
Interaktiver Workshop: Zwei parallele Einheiten zu den Themen „Textilindustrie“ und „Geflügelexporte“  
Alle Veranstaltungen finden online statt.  
Weitere Informationen und Anmeldung unter: [www.europa-union.de/crossroads](http://www.europa-union.de/crossroads)

**CROSSROADS EUROPE**  
BÜRGERDIALOG  
**Die Zukunft der EU-Afrika-Beziehungen**  
Donnerstag, 20. Mai  
17.00 bis 18.30 Uhr  
Bürgerdialog: Austausch mit Dr. Christine Hackenesch (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik), Dr. Boniface Mabanza (Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika) und Jan-Christoph Oetjen (Mitglied des Europäischen Parlaments) zu den EU-Afrika-Beziehungen

Grafiken: Sybille Bauhaus

## Schauen Sie rein!

**Onlineseminar**  
Workshop:  
**Online-Formate gut moderieren**  
25. Februar 2021, 18:30 Uhr  
Anmeldung über [www.jef.de/verbandsstoff/](http://www.jef.de/verbandsstoff/)

EuropaUnion Deutschland VERBANDS-STOFF

Kommunikationsfallen vermeiden beim Online-Event: Die Erkenntnisse vom Seminar sind noch online nachzulesen! Grafik: JEF

Viele unserer Ehrenamtlichen kennen sie längst: Die EUD-JEF Akademie verbands:stoff bietet Seminare und Weiterbildungen zu allen Themen an, die für erfolgreiche Verbandsarbeit wichtig sind. Veranstaltungen bewerben, Mitglieder gewinnen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit – alles kostenlos, interaktiv und häufig mit externem Input durch Expert\*innen.

Gerade erst gab es einen Workshop zu Online-Formaten und wie man sie erfolgreich moderiert. Kommunikationstrainerin Christine Oymann gab jede Menge praktische Tipps, etwa dazu, wie man mit Störern und Vielrednern umgeht, wie gute Stimmung erzeugt werden kann und welche Fallen es zu vermeiden gilt. Wer nicht dabei sein konnte, oder nochmal nachschauen möchte, kann das tun: Auf der EUD-Website sind die Dokumentationen zu allen bisherigen Akademien dauerhaft

abrufbar. Mit vielen weiterführenden Links und guten Tipps helfen sie auch lange nach der Veranstaltung selbst noch weiter.

**Nächster Termin:**  
Donnerstag 27. Mai 2021, 18.00 Uhr  
**Thema:**  
Demokratie verteidigen – radikal höflich!

Populismus begegnet uns im privaten und beruflichen Umfeld oder beim Ehrenamt. Meist kann Populisten mit Fakten der Wind nicht aus den Segeln genommen werden. Wir fühlen uns in diesen Momenten oft ratlos. Es braucht also einen anderen Ansatz. Mit dem Workshop wollen wir uns Rüstzeug für die Auseinandersetzung mit populistischen Aussagen in allen Lebenslagen aneignen. Beim Training mit den Experten von „Kleiner Fünf“ lernen wir, Demokratie zu verteidigen, und zwar radikal höflich. ■



## EUROPA geht durch den Magen



Herzerwärmend und köstlich: Georgische Kartoffeltaschen  
Foto: N. Gobronitze

Überall auf der Welt sagt man, dass der Weg zum Herzen durch den Magen geht („... eines Mannes“ habe ich extra aus dem Satz genommen, da der Weg zu jedem Herzen durch den Magen geht und das Herz kein Geschlecht hat).

Das Rezept, das ich mit Ihnen teilen möchte, liegt mir selbst sehr nah am Herzen. Erinnerungen tauchen in warmen Farben in meinem Kopf auf, wie meine Mutter und ich zu Hause, in unserer Wohnung in Tiflis, in der Küche stehen und uns gemeinsam mit den leckersten Kartoffeltaschen beschäftigen.

Ich hatte mich nie am Kochen meiner Mutter beteiligt, außer, wenn sie die Kartoffeltaschen gemacht hat. Klar, kein Kind mag Suppen und langweiliges Gemüse. Stattdessen liebte ich es, einen fluffigen Teil des Teigs zu stehen, um ihn heimlich irgend-

Mit zwei weihnachtlichen Rezepten aus Großbritannien und Rumänien verabschiedete sich Europa aktiv vom Jahr 2020. Die Idee einer kulinarischen Tour durch Europa lebt weiter! Unsere georgische Praktikantin Nino setzt mit einem Rezept für Kartoffelteigtaschen die neu gegründete Tradition fort. Probieren Sie sie aus und lassen Sie's sich schmecken!

Wir freuen uns auf weitere Rezepte und die Geschichten dazu, von Urlaubsreisen oder Auslandsposten oder aus der Familie – Hauptsache von anderswo in Europa! Schicken Sie uns Ihr Rezept mit einem Foto dazu an [redaktion@europa-aktiv.de](mailto:redaktion@europa-aktiv.de)! ■



## Georgien: Kartoffelteigtaschen

wo in der Ecke zu essen, wo ich sicher war, dass mich niemand bei meinem Verbrechen sehen würde.

Das Rezept, das ich mit Ihnen teilen möchte, hat tatsächlich den Weg in das Herz meines Freundes gefunden. Als er die Kartoffeltaschen zum ersten Mal probiert hat, sagte er, mit einem Funkeln in den Augen: „Es wundert mich sehr, dass die Deutschen nicht an diese Kartoffeltaschen gedacht haben“, worauf ein lautes Lachen folgte. Als er fünf bis sechs Stück davon gegessen hatte, sprach er das Urteil: „Kartoffeltaschen wärmen die Seele“.

**Fun Fact:** Die Entwicklung der Kartoffelkulturen in Georgien nahm ihren Anfang mit der Entstehung deutscher Kolonien ab den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts.

**Rezept für ca. 20 Stück**  
**Zubereitungszeit: ca. 60 Minuten**

### Zutaten:

500 g Mehl  
400 g Joghurt  
2 Eier  
½ TL Zucker  
½ TL Kaiser Natron  
½ TL Essig  
500 g Kartoffeln  
1 Zwiebel  
1 Knoblauchzehe (geht auch ohne)  
Salz & Pfeffer

### Zubereitung:

Die Kartoffeln schälen, schneiden und im Topf kochen lassen.

In der Zwischenzeit die Zwiebel sehr fein schneiden.

Wenn die Kartoffeln gekocht sind, stampfen und dazu die gehackte Zwiebel geben.

Mit Salz und Pfeffer abschmecken. Damit ist die Füllung fertig.

Danach kommt der Teig: Meine Mutter hat ihn immer mit Joghurt gemacht, obwohl man ihn auch mit Wasser machen kann. Mit Joghurt ist der Teig viel fluffiger und meiner Meinung nach auch leckerer.

Eier mit einer Prise Salz und einem halben Teelöffel Zucker umrühren und Joghurt dazugeben.

Auf einem Teelöffel Kaiser Natron und Essig mit dem Finger vermischen (als Ersatz für Hefe) und alles nochmal verrühren.

**Tipp:** Wenn Sie den Teig mit Joghurt zubereiten, dann führt die Kombination von Kaiser Natron und Essig (als Ersatz für Hefe) zu einem besseren Geschmack des Teiges. Wenn Sie unbedingt Hefe verwenden möchten, ist es besser, den Teig mit Wasser anstatt mit Joghurt zu machen.

Mehl langsam einmischen, bis der Teig die gewünschte Konsistenz erreicht hat. Der Teig soll nicht mehr an den Händen kleben.

Gleich große Teile des Teiges abschneiden und glattstreichen, ungefähr zwei Teelöffel Kartoffelfüllung in den Kreis reinlegen und zusammenfalten.

In der Zwischenzeit Öl in der Pfanne erhitzen und die gefalteten Kartoffeltaschen auf die heiße Pfanne legen. Von beiden Seiten anbraten.

**Tipp:** Man kann sie auch im Backofen backen. Aber passen Sie auf, denn wenn sie zu voll mit Füllung sind, können sie aufbrechen.

So können Sie jetzt jede Seele erwärmen!  
Guten Appetit!

Nino Gobronitze,  
Praktikantin in der  
EUD-Bundesgeschäftsstelle